

6. Schulstreik

Geschichte einer Aktionsform und die Debatte über zivilen Ungehorsam

Simon Teune

Als die Proteste der *Fridays for Future* Anfang des Jahres 2019 in Deutschland ins Rampenlicht drängten, tauchte ein Wort auffällig häufig auf: Die Schüler_innen, die für radikale Maßnahmen gegen den Klimawandel auf die Straße gingen, seien »Schulschwänzer_innen« (siehe Goldenbaum/Thompson, Kapitel 9). Ob als Deutungsstrategie von Gegner_innen einer weitreichenden Klimapolitik oder als eingängiges Stichwort in der Debatte – viele Berichte in der Anfangsphase der *Fridays for Future* kamen nicht ohne diese Benennung aus. Dabei ist die Rede vom Schwänzen im Kontext eines Schulstreiks auf vielen Ebenen schräg.

Zunächst spricht sie den aktiven Kindern und Jugendlichen ihre politische Urteilsfähigkeit ab. Wer schwänzt, nutzt eine Gelegenheit für Müßiggang, um den alltäglichen Zwängen zu entfliehen. Wie ernsthaft das Thema des menschengemachten Klimawandels auf den Schulhöfen diskutiert wurde, welche Widersprüche, Ängste und Impulse, aktiv zu werden, damit verbunden waren – all das wird mit dem Klischee des Schwänzens zum Verschwinden gebracht. Dahinter steht die Haltung, Kinder seien politisch nicht zurechnungsfähig oder sie würden nachplappern, was sie von den Eltern hören. Diese Position fällt hinter das zurück, was wir über die Meinungsbildung von Kindern und Jugendlichen wissen – und was ihnen in der UN-Kinderrechtskonvention garantiert wird: Informations-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

In der Unterstellung, Schüler_innen würden jede sich bietende Gelegenheit nutzen, um nicht zur Schule zu gehen, schwingt darüber hinaus eine aufrüttelnde Wahrnehmung der Schulen mit. Wenn die Schulstreikkritiker_innen annehmen, dass der Protest nur als eine Gelegenheit genutzt

wird, um der Schule fernzubleiben, sagt das dann nicht ebenso viel über die Schulen aus wie über die Schulpflichtigen? Auf der einen Seite verkennt die Rede von den Schulschwänzer_innen die vielfältige Unterstützung, die die Schüler_innen auch in den Schulen erfahren. Viele Lehrer_innen nahmen das Thema, das ihre Klassen bewegte, bereitwillig auf, und sie fanden kreative Wege, um den Konflikt zwischen Schulpflicht und politischem Engagement zu mildern. Auf der anderen Seite macht der Blick auf die Schulen auch die Grenzen eines Zwangssystems sichtbar. Bildung kann kaum über Zwang gelingen. Die Schulstreiks zeigen, wie Bildungsprozesse eigenläufig funktionieren. Kinder und Jugendliche setzen sich dann tiefergehend mit einem Thema – hier dem Klimaschutz – auseinander, wenn sie dafür Leidenschaft entwickeln. Das gelingt im schulischen Rahmen viel zu selten.

Schließlich geht die Abwertung der Schulstreiks als »Schwänzen« mit einem Pochen auf der Schulpflicht einher. Man könne nicht nach Belieben der Schule fernbleiben, sondern sei zur Anwesenheit verpflichtet. Dass es bei dieser Emphase in erster Linie darum geht, die Schüler_innen in ihre Schranken zu weisen, zeigt sich im Kontrast zur Begründung ebendieser Schulpflicht. Im Mai 2006 betonte das Bundesverfassungsgericht, die Schulpflicht sei Instrument des staatlichen Erziehungsauftrags. »Dieser Auftrag richtet sich nicht nur auf die Vermittlung von Wissen und die Erziehung zu einer selbstverantwortlichen Persönlichkeit. Er richtet sich auch auf die Heranbildung verantwortlicher Staatsbürger, die gleichberechtigt und verantwortungsbewusst an den demokratischen Prozessen in einer pluralistischen Gesellschaft teilhaben.« (BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 31. Mai 2006 – 2 BvR 1693/04 –, Rn. [1–33]) Mit den Schulstreiks hatten Schüler_innen sich einen Raum geschaffen, der dieses Lernen ermöglicht. Die Schwierigkeiten, sich selbst zu organisieren, Strategien und Widersprüche zu diskutieren, das Vertreten der eigenen Position vor anderen, die Konfrontation mit anderen Haltungen und Meinungen: Das ist die große Schule der Demokratie.

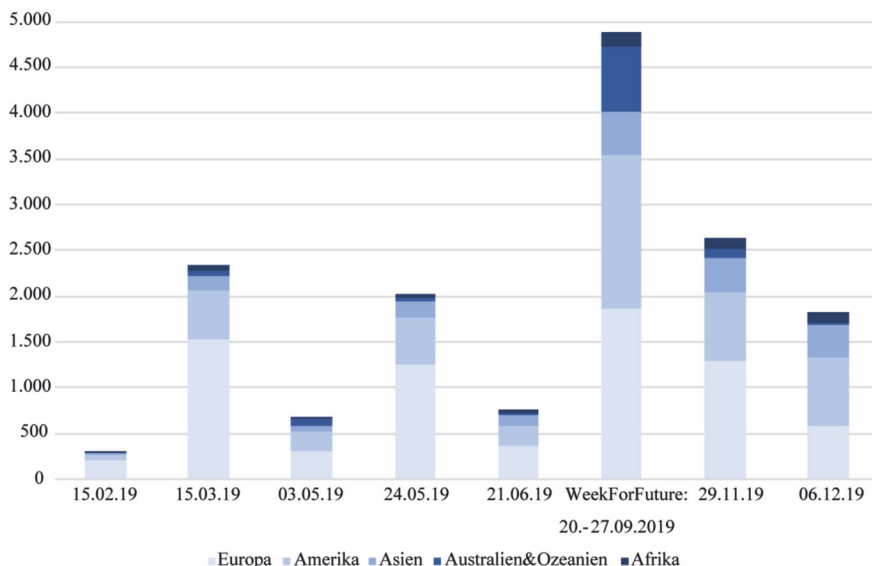
Um die Diskussion über die Schulstreiks fürs Klima besser zu verstehen, ist dieses Kapitel eben dieser Aktionsform gewidmet. Wie haben sich die Streiks weltweit entwickelt? Was sind die Vorläufer des Klimastreiks? Was ist unter »Schulstreik« zu verstehen? Und wie verhalten sich die Schulstreiks zu anderen Formen des zivilen Ungehorsams in der Klimagerechtigkeitsbewegung? Diese Fragen sollen im folgenden Kapitel beantwortet werden.

Wie haben sich die Klimaschulstreiks weltweit entwickelt?

Nach dem Vorbild von Greta Thunberg, die sich angesichts des Dürresommers 2018 weigerte, nach den Sommerferien zur Schule zu gehen und mit dem Pappschild »Skolstrejk för Klimatet« (»Schulstreik für das Klima«) für eine radikale Umkehr in der Klimapolitik protestierte, formierten sich im Herbst des Jahres an einzelnen Orten wöchentliche Schulstreiks. Dass die 15-jährige Schwedin zum Vorbild werden konnte, ist vor allem auf eine intensive Medienberichterstattung zurückzuführen, die Thunbergs Aktion sehr bald in der schwedischen und internationalen Öffentlichkeit bekannt machte. Zunächst fanden sich im Spätherbst Gruppen in Europa und Australien, die Proteste während der Schulzeit organisierten. Ab Dezember nahm die Streikwelle deutlich an Fahrt auf. Im Jahr 2019 beherrschten die Schulstreiks für das Klima schließlich im globalen Norden das Protestgeschehen und die öffentliche Aufmerksamkeit vieler Länder. In Berlin wuchs der freitägliche Protest innerhalb von sechs Wochen von ein paar hundert auf 10.000 Teilnehmende an. So viele Schüler_innen streikten am 25. Januar 2019 während der entscheidenden Sitzung der Kohlekommission, an deren Ende der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2038 verkündet wurde.

Auf Basis der von lokalen Organisator_innen selbst an das internationale Team der Webseite [fridaysforfuture.org](https://www.fridaysforfuture.org) gemeldeten Ereignisse lässt sich die globale Dynamik der Protestwelle darstellen (Abb. 6.1). Die Statistik erfasst nicht nur Proteste im Kontext von Streiks, sondern auch andere Demonstrationen und Kundgebungen. Zu Beginn finden die Proteste vor allem in Europa statt. Bei über 2.300 Protestereignissen kommen nach eigenen Angaben am 1. Globalen Aktionstag am 15. März 2019 erstmals über eine Million Klimastreikende zusammen. Zu diesem Zeitpunkt schwappt die Protestwelle endgültig auf alle Kontinente über. Die meisten Veranstaltungen außerhalb von Europa werden in Nord- und Südamerika organisiert – vor allem in den USA und Kanada. In den folgenden Monaten nimmt die Zahl der Schulstreiks wieder ab. Am 2. Globalen Aktionstag, am 24. Mai 2019, sind es erneut über 2.000 Ereignisse weltweit, die Zahlen stagnieren auf allen Kontinenten. Der große Paukenschlag gelingt mit der *Week for Future* vom 20. bis 27. September 2019. In der Aktionswoche steigt die Zahl der Ereignisse allein in Europa auf fast 2.000, In den USA sind es über 1.000. Die Gesamtzahl der weltweit Protestierenden geben die Organisator_innen mit 7,3 Millionen

Abbildung 6.1: Protestereignisse von Fridays for Future im Jahr 2019



<https://fridaysforfuture.org/what-we-do/strike-statistics/list-of-countries>

Die Statistik auf der *Fridays for Future*-Webseite ist für die Ereignisse nach 2019 nicht mehr plausibel. Deshalb sind hier nur die Daten für 2019 abgebildet.

an. Auch nach diesem Höhepunkt bleiben die Zahlen hoch. Am 4. Globalen Aktionstag, dem 29. November 2019, werden 3.780 Protestereignisse organisiert und damit mehr als an allen Aktionstagen vor der Week for Future. Das liegt auch daran, dass die Ereigniszahlen in Afrika und Asien stabil bleiben. Gleiches gilt für den 6. Dezember, an dem sich die Zahl der Proteste in Europa gegenüber dem Termin im November halbiert. Aber erst zu Beginn des Jahres 2020 flachen die Zahlen Medienberichten zufolge deutlich ab.

Waren die *Fridays for Future*-Demonstrationen in der Anfangsphase noch deutlich von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominiert, wuchsen in der zweiten Jahreshälfte in vielen Städten die Anteile der älteren Teilnehmenden (Sommer u. a., Kapitel 2; Neuber u. a., Kapitel 3; Wahlström u. a. 2020: 11) In Deutschland hatten die *Fridays for Future* seit der Mobilisierung am 24. Mai 2019, vor der Europawahl, offensiv auch Erwachsene zur Niederlegung der Arbeit und zur Teilnahme an den Klimademonstrationen aufgerufen. Damit waren die Schulstreiks zumindest teilweise zu ausgewei-

teten Streiks geworden, allerdings ohne dass die kollektive Arbeitsniederlegung zum konfrontativen Akt wurde. Zu dem weltweit größten Klimastreik am 20. September 2019 ermöglichten viele Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Beschäftigten eine Teilnahme an den Protesten. Auch die großen Gewerkschaften stellten sich hinter die *Fridays for Future*. Wegen des in Deutschland geltenden Verbots von politischen Streiks riefen sie ihre Mitglieder nicht dazu auf, die Arbeit niederzulegen, sondern wählten zurückhaltende Aufforderungen wie die folgende: »Die IG Metall begrüßt es, wenn ihre Mitglieder sich im Rahmen der arbeitsrechtlichen Spielräume am Klimaaktionstag am 20. September beteiligen« (IG Metall 2019).

Was sind die Vorläufer des Schulstreiks?

Die Protestform des Schulstreiks, den die *Fridays for Future* zu einem globalen Phänomen gemacht haben, hat viele historische Vorläufer. Schon im 17. Jahrhundert blieben Schüler_innen demonstrativ dem Unterricht fern, um gegen die Prügelstrafe zu protestieren. Häufiger waren zu dieser Zeit allerdings, wie Philippe Ariès (1962: 315–321) in seiner »Geschichte der Kindheit« berichtet, gewalttätige und zum Teil bewaffnete Schulmeutereien, bei denen auch Lehrende angegriffen und Schulen verwüstet wurden.

Der Streik als Protestform und Bezeichnung verbreitet sich mit der Industrialisierung. In dem Maße, in dem die Produktion industrieller Güter immer stärker in räumlicher Konzentration von Arbeiter_innen in Fabriken stattfand, vergrößerte sich das Potenzial, durch organisierte Arbeitsniederlegung Druck auf die Fabrikbesitzer_innen aufzubauen. In Deutschland wird der Buchdruckerstreik von 1865 als zentrales Ereignis genannt, von dem ausgehend sich nicht nur die Protestform, sondern auch die Bezeichnung »Streik« verbreitete (Trier Center for Digital Humanities 2011).

Auch die Schulstreiks haben sich in der heutigen Form mit der Arbeiter_innenbewegung durchgesetzt. Deren Aktionsformen und Forderungen wurden durch Schüler_innen aufgenommen, die für sich und ihre Eltern bessere Arbeitsbedingungen forderten. Im Vereinigten Königreich entstanden die vom Fabrikstreik inspirierten Proteste an Schulen insbesondere an den Orten, wo auch die Arbeiter_innen gewerkschaftlich organisiert waren (Taylor 1994). In der Rätebewegung nach dem Ersten Weltkrieg bildeten Berliner Schüler_innen Räte nach dem Vorbild der Arbeiter_innen- und Sol-

datenräte. Mit dem Ziel, die Prügelstrafe abzuschaffen und die Lernbedingungen an den Schulen zu verbessern, riefen sie 1919 zu einem Schulstreik auf (Weipert 2015: 269–281).

Auf die Situation in den Schulen machten größere Schulstreiks seit Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder aufmerksam. Aber Schulstreiks waren auch die Initialzündung für weiter reichende Auseinandersetzungen. Das wohl bekannteste Beispiel für einen folgenreichen Schulstreik ist der Schüler_innenaufstand in Soweto, der 1976 seinen Ausgang von einem Streik nahm, mit dem Schüler_innen gegen Afrikaans als Unterrichtssprache protestierten (Mkhabela 2016). In seiner Folge wurde das südafrikanische Apartheidregime immer deutlicher infrage gestellt – auch von internationalen Solidaritätsinitiativen.

Im deutschen Kontext finden sich sowohl Schulstreiks mit einem engeren Bezug zum Bildungssystem, wie die Proteste im Rahmen des Bildungsstreiks 2009 und 2010, als auch Schulstreiks zu anderen Themen. Insbesondere bei Anti-Kriegs-Protesten gegen die Golfkriege 1991 und 2003 spielten Schüler_innenproteste eine maßgebliche Rolle (Cunningham/Lavallette 2004). Dieser Tradition schlossen sich auch die Refugee-Schulstreiks auf Initiative von *Jugendliche ohne Grenzen* an. In den Jahren 2014 bis 2016 solidarisierten sich Schüler_innen in dieser Form mit den bundesweiten Protesten Geflüchteter und forderten eine an Bewegungsfreiheit und Menschenrechten orientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Auch wenn die Form des Schulstreiks nicht neu ist und Schüler_innen sie schon früh nutzten, um ihren Widerspruch zu politischen Themen auch jenseits der Schule sichtbar zu machen, die globale Ausbreitung sowie die breite und anhaltende Mobilisierung heben die Proteste der *Fridays for Future* aus dieser Geschichte heraus.

Wie sieht es aus, wenn Schüler_innen streiken?

Die Bezeichnung »Streik« entstand aus den Arbeitsniederlegungen von Arbeiter_innen in Fabriken. Aber sie wird auch für andere Formen der Verweigerung genutzt, mit denen einheitlich wahrgenommene Gruppen (Studierende, Schüler_innen, Frauen, Geflüchtete) ein Zeichen setzen und ihren Beitrag zu alltäglichen Abläufen – und damit zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Normalität – aufkündigen. Keine dieser Gruppen, die die Idee

des Streiks für sich reklamieren, hat dabei das gleiche Potenzial wie Arbeiter_innen oder andere Arbeitnehmer_innen, Abläufe stillzustellen und damit den Adressat_innen des Protestes materiellen Schaden zuzufügen. Die Aufkündigung der alltäglichen Reproduktion eines als falsch und schädlich verstandenen Systems – das heteronormative Patriarchat, die neoliberal zuggerichtete Hochschule oder der menschenrechtswidrige Asylapparat – hat deshalb vor allem demonstrativen Charakter. Mit dem zeitlich befristeten Ausstieg erklären diese Gruppen den Alltag zum Skandal.

Abbildung 6.2: Tweet des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner am 10. März 2019



https://twitter.com/c_lindner/status/1104683096107114497

Die Protestform des Schulstreiks kennt einige Variationen. In der Regel wird das Fernbleiben vom Unterricht symbolisch und öffentlich sichtbar inszeniert. Dazu wird die Abwesenheit von der Schule durch Kundgebungen oder Demonstrationen während der Schulzeit unterstrichen. Im angelsächsischen Raum ist der *walkout* ein verbreiteter Bestandteil des Protestes: Zu einer vereinbarten Zeit verlassen die Schüler_innen die Schule und versammeln sich entweder davor oder bei einem zentralen Protestereignis. Vor allem in der Frühzeit der Schulstreiks wurde die kollektive Aneignung des öffentlichen Raumes durch Kinder und Jugendliche an sich schon als ein Skandal wahrgenommen (Taylor 1994). Diese Haltung setzt sich bis heute fort in der Annahme, dass politische Gestaltungsansprüche in dieser Lebensphase nicht angemessen sind. Beispielhaft zeigte sich diese Haltung an dem Tweet des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner (Abb. 2), der am 10. März 2019 schrieb: »Ich finde politisches Engagement von Schülerinnen und Schülern toll. Von Kindern und Jugendlichen kann man

aber nicht erwarten, dass sie bereits alle globalen Zusammenhänge, das technisch Sinnvolle und das ökonomisch Machbare sehen. Das ist eine Sache für Profis.« Adultistische Äußerungen, mit denen die *Fridays for Future* delegitimiert werden sollten, prägten insbesondere deren Anfangsphase (Meade 2020). Sie waren darüber hinaus häufig mit sexistischen –und mit Bezug auf den Autismus Greta Thunbergs – ableistischen Abwertungen verschränkt.

Die historischen Schulstreiks waren zum Teil auch mit Sachbeschädigungen und der Einschüchterung von sich nicht beteiligenden Schüler_innen verbunden. Bei den *Fridays for Future* sind die Protestaktionen durch eine »Fridays for Future Strike Culture« (Fridays for Future 2020) gerahmt. Sie besteht aus den Punkten:

- No violence
- No property damage
- No littering
- No profit
- No hate
- Minimize your carbon footprint
- Always refer to science.

Durch diese Punkte wird ein Konsens über die Grenzen des Protestes und über die inhaltliche Passung der Streiks etabliert, der den Ortsgruppen eine Orientierung gibt. Auch über diese Punkte hinaus werden den Organisator_innen lokaler Klimastreiks Ratschläge gegeben, wie sie ihren Protest erfolgreich und erfüllend organisieren können: kreative Schilder, eine offensive Medienstrategie und die Haltung »make the experience rewarding and fun« (Fridays for Future 2020). Tatsächlich unterscheiden die Kreativität und die Energie von Schulstreiks sich deutlich von anderen Protesten. Mitreißende Parolen, gemeinsames Hüpfen, die Kombination von Musik und politischer Botschaft haben das Potenzial, weitere Anhänger_innen zu mobilisieren und das Erlebnis des Streiks in die Erinnerung einzubrennen.

Diese geteilten körperlichen Erfahrungen sind ein wesentlicher Faktor für die Erzeugung eines Gemeinschaftsgefühls. Sie motivieren über das einzelne Ereignis hinaus und machen die Macht der Masse erfahrbar. Das gilt nicht nur für das Erlebnis von Demonstrationen mit großen Teilnahmezahlen, sondern auch für die über (soziale) Medien erfahrbare Gleichzeitigkeit

von Protesten an anderen Orten. Mit der Einschränkung der Möglichkeiten des Straßenprotestes im Rahmen der Maßnahmen zur Eindämmung des COVID-19-Virus können die Klimastreikaktivist_innen solche Erfahrungen nur noch sehr eingeschränkt machen. Der digitale Protest unter dem Hashtag #NetzstreikFürsKlima am 24. April 2020 war ein erster Versuch, diese fehlende Erfahrung zu kompensieren, an die vergangenen Schulstreiks zu erinnern und andere Bilder zu evozieren, die die Gleichzeitigkeit und die Masse des Protestes sichtbar machen. Ersetzen können solche virtuellen Ereignisse das körperliche Erlebnis kollektiven Protestes aber nicht.

Bei historischen Schulstreiks, die die Missstände an einzelnen Schulen zum Thema machten, wurde der Protest in räumlicher Nähe zur Schule organisiert (MacLeod/Poutanen 2012). Dass die Proteste der Fridays nicht nur schulübergreifend, sondern auf der ganzen Welt dezentral, an Orten politischer Macht, Rathäusern und Ministerien, organisiert wurden, hat wesentlich zu ihrer Dynamik beigetragen. Zum einen folgt der dezentrale Protest der logistischen Notwendigkeit, dass zentralisierte Massenproteste mit Minderjährigen deutlich schwerer zu organisieren sind. Zum anderen war diese Organisationsform auch inhaltlich begründet. Die lokalen Proteste trugen die Forderungen der Schüler_innen direkt zu den politisch Verantwortlichen. Und die Proteste machten deutlich, dass Veränderungen nicht nur international, sondern auch von jeder einzelnen Kommune umgesetzt werden müssen.

Was die Schulstreiks der *Fridays for Future* in besonderer Weise auszeichnet, ist ihre regelmäßige Organisation über einen lang anhaltenden Zeitraum. An einigen Orten fanden die Proteste über ein Jahr regelmäßig freitags während der Schulzeit statt. An anderen Orten organisierten die lokalen Gruppen nur vereinzelt Protestaktionen, vor allem zu den Globalen Aktionstagen am 15. März 2019, am 24. Mai 2019, in der »week for future« vom 20. bis 27. September 2019 und am 29. November 2019. Die Aktionsform des Streiks wurde unterschiedlich gehandhabt. Während an einzelnen Orten der Protest einen großen Teil des Schultages einnahm, die Schüler_innen also tatsächlich ihre Tätigkeit ruhen ließen, wurden die Proteste andernorts zum Ende des Schultages organisiert, sodass sich Schulbesuch und Protestteilnahme beinahe konfliktfrei miteinander vereinbaren ließen.

Für Schüler_innen ergibt sich durch die in Deutschland und vielen anderen Ländern gesetzlich geregelte Schulpflicht eine besondere Situation. Formal ist die Verweigerung des Schulbesuchs eine Ordnungswidrigkeit,

für die Eltern oder, wenn sie schon strafmündig sind, die Schüler_innen mit Bußgeld oder anderen Zwangsmaßnahmen bestraft werden können. Der Schulstreik besteht darin, die Verweigerung des Unterrichts kollektiv zu organisieren und öffentlich zu machen und damit die Rollenerwartung an Schüler_innen temporär zu durchbrechen. Als eine angekündigte, begrenzte Regelüberschreitung erfüllt der Schulstreik damit auch die Definitionskriterien des zivilen Ungehorsams.

Das Verhältnis der Schüler_innen zu diesem Regelbruch ist ambivalent: Auf der einen Seite ist die kollektive Verweigerung ein Signal, das Aufmerksamkeit erregt, und damit ein wichtiges strategisches Mittel. Auf der anderen Seite ist die Androhung von Sanktionen und die Delegitimierung durch politische Gegner_innen dem eigenen Protest abträglich. Deshalb wird der Rechtsbruch gleichzeitig unterstrichen und bestritten. Dabei bezweifeln die Schulstreikenden, dass die Schulpflicht schwerer wiegen soll als das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, das die freie Wahl der Zeit und des Ortes der Versammlung einschließt. Diese Diskussion ist bei vielen Schulstreiks geführt worden, unter anderem auch bei den Refugee-Schulstreiks (Bildungswerk der Landeschülervertretung Berlin e. V. 2015).

Die Gerichte beurteilen diese Abwägung nicht einheitlich. Das Verwaltungsgericht Hannover urteilte 1991, dass ein Schüler, der während der Schulzeit an einer Demonstration gegen den Golfkrieg teilnahm, die Schulpflicht nicht elementar verletzt hätte. Die Verweigerung der Schulleitung, ihn für die Dauer der Demonstration vom Unterricht zu befreien, sei unrecht gewesen (Urteil vom 24.01.1991 – 6 B 823/91). Dagegen scheiterte eine Schülerin in Hamburg, die 2010 während des Unterrichts die Demonstration »Ja zu besseren Schulen« besucht hatte, mit ihrer Klage gegen die Eintragung von unentschuldigten Fehlstunden. Das Verwaltungsgericht Hamburg lehnte ihre Klage ab und erklärte, die Schulpflicht habe Vorrang vor der Versammlungsfreiheit (04.04.2012 – 2 K 3422/10).

Auch die Reaktionen von Lehrer_innen, Schulleitungen und Schulbehörden auf Schulstreiks unterscheiden sich stark. Einige Lehrer_innen nehmen den Protest als Impuls auf, integrieren aufgebrachte Themen in den Unterricht und unterstützen Schüler_innen in der Inanspruchnahme ihres Versammlungsrechtes. Andere sprechen Verwarnungen aus und sanktionieren besonders Schüler_innen, die sich regelmäßig während der Schulzeit an Protesten beteiligen. Bei den *Fridays for Future* ist ein pragmatischer Umgang mit dem Regelbruch zu beobachten, der stellvertretend auch für voran-

gegangene Schulstreiks steht: Demonstrationen wurden zum größten Teil so organisiert, dass Schüler_innen nur wenige Unterrichtsstunden verpassten. Viele Schüler_innen holten zudem die liegen gebliebene Arbeit nach.

Ziviler Ungehorsam in der Klimagerechtigkeitsbewegung

Die Aktionsform des Schulstreiks reiht sich ein in eine lange Geschichte des zivilen Ungehorsams in der Klimagerechtigkeitsbewegung. Aufbauend auf Erfahrungen aus der Friedens-, Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung, wurden immer wieder Blockadeaktionen organisiert, um auf die großen CO₂-Emitenten hinzuweisen. Im Vereinigten Königreich waren ab 2006 Klimacamps eine zentrale Aktionsform der Klimagerechtigkeitsbewegung und ein Ausgangspunkt für Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Kohlekraftwerke und Flugverkehr (Frenzel 2011). In den USA waren und sind Pipelineprojekte und die damit verbundene Ölgewinnung aus Teersanden ein Fokus der Klimabewegung. 2011 wurden bei einer Aktion massenhaften zivilen Ungehorsams in Washington 1.200 Menschen festgenommen (Tokar 2013: 222). In Reaktion auf die enttäuschenden internationalen Verhandlungen organisierten Klimagruppen während des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 Aktionen zivilen Ungehorsams. Unter dem Motto »Reclaim Power! Pushing for Climate Justice« sollte mit einem massenhaften Eindringen in das Tagungsgelände das Verhandlungsgeschehen unterbrochen und Perspektiven »von unten« auf die Klimakrise sichtbar gemacht werden (Russell/Pusey/Sealy-Huggins 2012: 21 f.).

In Deutschland bildete sich mit Ende Gelände eine Initiative, der es gelang, mit Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams, dem Eindringen in Braunkohletagebaue und der Blockade von Kohlezügen oder Kohlebaggern, ab 2015 die Aufmerksamkeit auf die Braunkohleverstromung in Deutschland zu lenken (Bosse 2017). Die Aktionen von Ende Gelände knüpften an eine Kette von Aktionen des massenhaften zivilen Ungehorsams an, die aus einer Verbindung von Aktionstraditionen der Anti-AKW-Bewegung und der Antifa-Bewegung beim G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 hervorgegangen war. Auf den dort vereinbarten Aktionskonsens, Polizeiketten zu »umfließen«, mit dem eigenen Körper zu blockieren und einer Eskalation aus dem Weg zu gehen, beriefen sich viele Blockadebündnisse der folgenden Jahre, so auch Ende Gelände.

Neben solchen Massenaktionen ist die Klimabewegung auch durch öko-anarchistische direkte Aktionen geprägt, die sich häufig nicht auf die Tradition des zivilen Ungehorsams berufen, aber ebenfalls kollektive, begrenzte Regelverletzungen beinhalten. In der deutschen Klimabewegung ist die Besetzung des Hambacher Forsts in diesem Pfad entstanden. Seit 2012 wurden Teile des Waldes besetzt und wieder geräumt. Einzelne Aktivist_innen leben seit vielen Jahren in dem Wald, der seit 1978 Stück für Stück gerodet wird, um den Tagebau Hambach auszudehnen.

Während der Schulstreik als Form des kollektiven Regelübertritts in den *Fridays for Future*-Gruppen nicht nur unumstritten, sondern identitätsstiftend ist, werden andere Formen des zivilen Ungehorsams durchaus kontrovers diskutiert. Die Debatten setzten schon früh ein, als abzusehen war, dass die politischen Maßnahmen wie der Kohleausstieg bis 2038 und das Gesetzespaket des Klimakabinetts weit hinter den Erwartungen der Schüler_innen zurückbleiben würden. Diskussionen auf dem Sommerkongress im August 2019, bei dem erstmals Aktivist_innen aus dem ganzen Bundesgebiet zusammenkamen, legten eine Kontroverse zwischen zwei Fraktionen offen. Während die einen für die Organisation von Aktionen zivilen Ungehorsams über die Schulstreiks hinaus plädierten, warnten die anderen davor, dass disruptive Aktionen die gewonnene Sympathie in der Bevölkerung aufs Spiel setzen würden.

Diese Ambivalenz zeigt sich auch im Verhältnis zu Ende Gelände. Am 21. Juni 2019 organisierte die Aachener Ortsgruppe eine internationale *Fridays for Future*-Demonstration in direkter zeitlicher und räumlicher Nähe zu dem Aktionswochenende von Ende Gelände im Rheinischen Revier vom 19. bis 24. Juni. Auf der einen Seite erleichterte diese Nähe die Beteiligung von Schüler_innen an den Aktionen wie dem gemeinsamen Eindringen auf das Betriebsgelände der RWE. Auf der anderen Seite kommunizierte die Aachener Ortsgruppe deutlich, dass man sich den Aktionen von Ende Gelände nicht unüberlegt anschließen sollte und dass diese von den Aktivitäten der *Fridays for Future* getrennt seien:

»Wir möchten alle Aktivist_innen, die überlegen, sich an den Aktionen von Ende Gelände zu beteiligen, darum bitten, sich genau über die Aktionsform und die möglichen Folgen dieser Form von Aktivismus zu informieren. Außerdem sollten alle, die an diesen Aktionen teilnehmen wollen, entsprechend vorbereitet sein und daher frühzeitig (spätestens Freitagnachmittag) am Camp von Ende Gelände erscheinen. Ein direkter Übergang von unserer

Aktion in die Aktion von Ende Gelände ist nicht möglich und auch unsererseits nicht gewünscht [...].« (Fridays for Future Aachen 2019)

Fridays for Future-Aktivist_innen haben immer wieder ihre Sympathien für die Aktionen von Ende Gelände zum Ausdruck gebracht. Als vor dem Aktionswochenende im Rheinischen Revier das Polizeipräsidium Aachen Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern mit einem Brief vor den »gewaltbereiten Gruppierungen von Ende Gelände« (Becker 2019) warnte, reagierten die Aktivist_innen mit einer Solidaritätserklärung, die die Gemeinsamkeit des zivilen Ungehorsams unterstrich:

»Das wöchentliche Bestreiken der Schule ist ein bewusst gewählter Regelübertritt. Wir erachten zivilen Ungehorsam als legitime Protestform. Er ist zwingend notwendig zum Schutz unserer Zukunft im Angesicht des Vorranschreitens der Klimakrise und des Versagens politischer Akteur_innen, konsequente Klimapolitik zu betreiben. Viele Errungenschaften unserer Gesellschaft, wie etwa das Frauenwahlrecht, wurden nur durch bewussten, massenhaften Regelübertritt erreicht [...].« (Fridays for Future Deutschland 2019)

Als Ende Gelände am 29./30. November die nächste Aktion in der Lau-
sitz plante, warben die *Fridays for Future* in einer gemeinsamen Mobilisierung unter dem Motto »Freitag streiken, Samstag blockieren« (Fridays for Future Deutschland 2019). Ähnliche Überschneidungen finden sich auch bei den Straßenblockaden, die Extinction Rebellion vom 7. bis 13. Oktober in Berlin organisierte. Extinction Rebellion hatte aus dem Vereinigten Königreich kommend vor allem bis dahin nicht politisch Aktive angesprochen. Mit Mitteln der Drastik verbindet Extinction Rebellion die Klimakrise mit der Auslöschung der Arten und nicht zuletzt auch der Menschheit. Der zivile Ungehorsam wird in der Gruppe als Königsweg gesehen, um Klimaschutzmaßnahmen kurzfristig zu erzwingen. Extinction Rebellion war von einigen prominenten *Fridays for Future*-Aktivist_innen unterstützt worden, und an den Blockaden waren ebenso wie an den Aktionen in den Braunkohle-
tagebauten *Fridays for Future*-Aktivist_innen beteiligt, wenn auch nicht in großer Zahl.

Schluss: Schulstreik und kognitive Befreiung

Im Hitzesommer 2018 wurde für Greta Thunberg klar, dass ein »Weiter so« nach den Sommerferien sie zur Komplizin eines ungerechten, den planetaren Grenzen nicht angemessenen, wirtschaftlichen und politischen Systems machen würde. Diesen Prozess, zu erkennen, dass man in Ungerechtigkeit lebt und daran etwas durch kollektives Handeln ändern kann, hat Doug McAdam (1982: 51) in seiner Analyse der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in den USA als »cognitive liberation« beschrieben. An vielen Orten sind diese Prozesse in Schulen ausgelöst worden (Sommer u. a. 2019: 26). In Diskussionen in den Klassen und auf den Schulhöfen, aber vor allem auch durch die symbolische Infragestellung des schulischen Alltags haben sich die Schüler_innen als politisches Subjekt formiert, von dem gesellschaftliche Veränderungen ausgehen können. Dass die Jüngsten sich der Schule verweigern, war nicht nur ein strategischer Kniff, sondern auch ein Einschnitt in der öffentlichen Debatte und in der Selbstwahrnehmung älterer Generationen. So bleibt der Schulstreik ein Fanal, der die Debatte über gesellschaftliche Naturverhältnisse und den drohenden Klimakollaps grundsätzlich verändert hat.

Literatur

- Ariès, Philippe (1962): *Centuries of Childhood: a Social History of Family Life*, New York: Vintage Books.
- Becker, Nadja (2019): Polizei Aachen informiert: »Halten Sie sich von gewaltbereiten Gruppierungen von ›Ende Gelände‹ fern.«, in: Rheinischer Spiegel vom 18. Juni 2019, <https://rheinischer-spiegel.de/polizei-aachen-informiert-halten-sie-sich-von-gewaltbereiten-gruppierungen-von-ende-gelaeende-fern>.
- Bildungswerk der Landesschülervertretung Berlin e.V. (2015): Rechtliche Einordnung. Versammlungsfreiheit von Schülerinnen und Schülern gemäß Grundgesetz, <https://refugeeschulstreik.wordpress.com/2015/11/05/rechtliche-einordnung-versammlungsfreiheit-von-schuelerinnen-und-schuelern-gemaess-grundgesetz>.

- Bosse, Jana (2017): Analyse: Zurück in der Grube. Ende Gelände 2 – Die Anti-Kohlebewegung in der Lausitz im Mai 2016, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29, H. 4, S. 88–92.
- Cunningham, Steve/Lavalette, Michael (2004): »Active Citizens« or »Irresponsible Truants«? School Student Strikes against the War, in: *Critical Social Policy* 24, H. 2, S. 255–269.
- Frenzel, Fabian (2011): Entlegene Orte in der Mitte der Gesellschaft: Zur Geschichte der britischen Klimacamps, in: Achim Brunnengräber (Hg.), *Zivilisierung des Klimaregimes*, Wiesbaden: VS, S. 163–185.
- Fridays for Future (2020): How to Strike, <https://fridaysforfuture.org/take-action/how-to-strike>.
- Fridays for Future Aachen (2019): Demo Samstag – 21.06, <https://ac2106.fridaysforfuture.de/demo-samstag/index.html>.
- Fridays for Future Deutschland (2019): Solidarisierung mit Ende Gelände, <https://fridaysforfuture.de/solidarisierung-mit-ende-gelände>.
- IG Metall (2019): Gemeinsam Druck machen – Für einen sozialen, ökologischen und demokratischen Wandel. Erklärung der IG Metall anlässlich des Aufrufs von Fridays for Future zu Klimastreiks und -aktionen am 20. September, www.igmetall.de/download/20190826_20190826_Erkl_rung_FFF_Demo_20_09__GfVM_final_ea1179ddoc1173bf313a45b4b88e27c9ffa3cb5f.pdf.
- MacLeod, Roderick/Poutanen, Mary Anne (2012): Little Fists for Social Justice: Anti-Semitism, Community, and Montréal's Aberdeen School Strike, 1913, in: *Labour/Le Travail* 70, S. 61–99.
- McAdam, Doug (1982): *Political Process and the Development of Black Insurgency, 1930–1970*, Chicago/London: University of Chicago Press.
- Meade, Philip (2020): Reaktionen auf Schüler_innenrebellion: Adultismus im Diskurs um Greta Thunberg und die »Fridays for Future«-Bewegung, in: Rebecca Budde/Urszula Markowska-Manista (Hg.), *Childhood and Children's Rights between Research and Activism*, Wiesbaden: Springer, S. 85–119.
- Mkhabela, Sibongile (2016): Action and Fire in Soweto, June 1976, in: Anne Heffernan/Noor Nieftagodien (Hg.), *Students Must Rise: Youth Struggle in South Africa before and beyond Soweto '76*, Johannesburg: Wits University Press, S. 55–64.
- Russell, Bertie/Pusey, Andre/Sealy-Huggins, Leon (2012): *Movements and Moments for Climate Justice: From Copenhagen to Cancun via Cocha-*

- bamba, in: ACME: an international e-journal for critical geographies 11, H. 1, S. 15–32.
- Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb Working Paper 2.2019, Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/08/ipb-working-paper_FFF_final_online.pdf.
- Taylor, Tony (1994): As the Old Cocks Crow, the Young Ones Learn: the School Strikes of 1889 and the New Union Movement, in: History of Education 23, H. 1, S. 89–106.
- Tokar, Brian (2013): Soziale Bewegungen für Klimagerechtigkeit weltweit und in den USA, in: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.), Die internationale Klimabewegung, Wiesbaden: Springer, S. 205–226.
- Trier Center for Digital Humanities (2011): Deutsches Wörterbuch von Jacob Grimm und Wilhelm Grimm, Bd. 19., Sp. 1298, http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/wbgui_py?sigle=DWB&lemid=GS51858.
- Wahlström, Mattias/Sommer, Moritz/Kocyba, Piotr/Vydt, Michiel de Moor, Joost de/Davies, Stephen (2019): Fridays for Future: a New Generation of Climate Activism, in: Mattias Wahlström, Piotr Kocyba, Michiel de Vydt, Joost de Moor (Hg.), Protest for a Future: Composition, Mobilization and Motives of the Participants in Fridays for Future Climate Protests on 15 March, 2019 in 13 European Cities, S. 6–18, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/07/20190709_Protest-for-a-future_GCS-Descriptive-Report.pdf.
- Weipert, Axel (2015): Die zweite Revolution: Rätebewegung in Berlin 1919/1920, Berlin: be.bra wissenschaft.